UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
NOV 9 1936
LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 23. Oktober	Nr. 1401

„Deutschland und Italien arbeiten für den Frieden."

Rom, 22. Oktober. Ausgehend von verschiedenen willkürlichen und tendenziösen Unterstellungen eines Teiles der Auslandspresse über Ziele und Ergebnisse der Berliner Zusammenkunft, die in der italienischen Presse allgemein als unbegründet zurückgewiesen werden, unterstreicht der Direktor der **Tribuna** die Tatsache, daß die Trinksprüche beider Außenminister gegenüber jeder falschen oder voreingenommenen Auslegung die Bestätigung dafür geben, in welcher Atmosphäre die Besprechungen sich abspielen.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, der auf Grund seines langjährigen Aufenthalts in Rom die geradlinige Aufrichtigkeit der Politik Mussolinis sehr wohl kenne, habe von einem offenen und freundschaftlichen Gedankenaustausch gesprochen.

Der italienische Außenminister Graf Ciano habe in seiner Antwort die Gedanken und die auf lange Sicht gegebenen Direktiven des Duce für eine gemeinsame Aktion für den Frieden und für den Wiederaufbau Europas verdolmetscht. Mit diesen beiden Erklärungen werde die Berliner Zusammenkunft richtig umrissen. Jede andere Auslegung müsse mit Mißtrauen aufgenommen und abgelehnt werden.

Deutschland und Italien arbeiten für den Frieden und besitzen alle Werkzeuge, um wertvolle entscheidende Faktoren für diesen Frieden zu werden. Sie haben jede innere Gefahr überwunden, dienen der Geschichte, nicht aber der Tageschronik und stehen über den parlamentarischen Strömungen. Vor allem aber gehorchen sie in geschlossener und überzeugter Disziplin einer Idee und einem Führer. Ihre Friedensabsichten, die einem stabilen Gleichgewicht und einer klaren Verständigung gelten, hätten freilich nichts zu tun mit den Gemeinplätzen des Völkerbundes und — um noch genauer zu sein — mit hegemonistischen Hintergedanken.

Auch der Berliner Sonderberichterstatter des **Lavoro Fascista** unterstreicht die Tatsache, daß die Berliner Besprechungen in einer freundschaftlichen Atmosphäre vor sich gehen, die durchaus nicht zufällig entstanden sei. Diese Atmosphäre beweise, daß der Augenblick für die Begegnung reif und zweckmäßig gewählt sei, um die Basis die erste Voraussetzung und das natürliche Klima des Erfolges. Dazu komme die männliche Persönlichkeit des Grafen Ciano, dessen Popularität in Deutschland die konstruktiven Möglichkeiten der Berliner Besprechungen in bemerkenswerter Weise erhöhe. Mussolini und Hitler haben mit ihrem realpolitischen Sinn die gegenwärtige Parallelität der lebenswichtigen Interessen Italiens und Deutschlands erkannt.

Mit Recht betone die deutsche Presse, daß Italien und Deutschland durch gemeinsame Gefahren gezwungen worden seien, eine engere Zusammenarbeit für die gemeinsame Abwehr zu suchen. Das landläufigste Beispiel sei die bolschewistische Gefahr. Bis vor kurzem sei es vielen Italienern schwer gefallen, die antibolschewistische Kampfansage des Nationalsozialismus zu verstehen. In den letzten Monaten jedoch habe sich der italienische Standpunkt bemerkenswerter Weise dem deutschen Standpunkt in dieser Frage genähert.

Der Wühlarbeit gegen die europäische Ordnung, die der Bolschewismus in Genf, in Frankreich und in Spanien inszeniert habe, habe Italien nicht mehr länger untätig zusehen können. Das Blatt unterstreicht in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der Uebergabe der deutschen Antwort an den Vorsitzenden des Londoner Nichteinmischungsausschusses, mit der die Reichsregierung die von Sowjetrußland gegen Deutschland erhobene Anklage entrüstet zurückgewiesen und zugleich eine lange Reihe sowjetrussischer Verstöße gegen die Nichteinmischungsverpflichtung angemeldet habe.

Der deutsche Schritt in London entspreche also dem von Italien seinerzeit gegebenen Beispiel, und es sei nicht ohne Interesse, gerade auch in dieser brennend aktuellen Frage die Uebereinstimmung Italiens und Deutschlands zu unterstreichen.

Giornale d'Italia betont schließlich in seinem Berliner Bericht mit allem Nachdruck, daß in den italienisch-deutschen Freundschaftsbeziehungen jede Spekulation zum Schaden dritter Staaten fernliege. Die gemeinsame Aktion Deutschlands und Italiens habe vielmehr positive Ziele zur Erreichung jenes Friedens, dessen Verwirklichung bisher an dem übertriebenen Egoismus einiger Staaten und dem schlechten Willen anderer Länder gescheitert sei.

„Nationalsozialistische Landwirtschaftspolitik erfolgreich".

London, 23. Oktober. Im Daily Telegraph stellt K. E. Priestley in einem Aufsatz fest, die nationalsozialistische Landwirtschaftspolitik sei bisher erfolgreich gewesen.

Die Bauern erhielten im Dritten Reich höhere Preise als jemals seit dem Kriege, und sie seien von allen Schwankungen auf dem Weltmarkt unabhängig, da die Preise von der Regierung festgesetzt würden. Der Nationalsozialismus habe der deutschen Landwirtschaft, die am Rande des Bankrotts gestanden habe, Wohlstand gebracht.

„Morning Post" über die sowjetrussischen Flottenrüstungen.

London, 23. Oktober. Der Flottenkorrespondent der Morning Post meldet, bei gewissen Mächten hege man Befürchtungen wegen einer großen sowjetrussischen Flottenrüstung. Eine Verstärkung der Sowjetflotte würde nicht nur eine allgemeine Beunruhigung in der Welt erregen, sondern wahrscheinlich die Unzufriedenheit des neuen Londoner Flottenvertrages zur Folge haben.

Im englisch-sowjetrussischen Flottenvertrag hätten die Sowjetrussen gewisse Rechte verlangt, die in dem ursprünglichen Dreimächte-Flottenvertrag nicht vorgesehen waren. So hätten sie freie Hand im Fernen Osten gefordert und das Recht, sieben Kreuzer mit einer über die Vertragsgrenze von 6,1 Zoll hinausgehenden Bestückung und zwei Schlachtschiffe mit 15 Zoll-Geschützen zu bauen. Sowjetrußland habe ferner geheime U-Boot-Bauten vorgenommen.

In Wladiwostok besitze es auf Grund japanischer Angaben mindestens 50 U-Boote und in der Ostsee wahrscheinlich dieselbe Anzahl. Damit sei Sowjetrußland bereits auf dem Wege, die mächtigste U-Boot-Flotte in der Welt zu haben. Dieser Umstand wird nach Ansicht des Korrespondenten weitgehende Auswirkungen auf andere Flotten haben, die durch die sowjetrussische Flotte besonders bedrohlich werden.

Das Kabinett Daranyi vor dem Oberhaus.

Budapest, 22. Oktober. Das neue Kabinett Daranyi stellte sich am Donnerstag dem Oberhaus vor. Der Ministerpräsident hielt hierbei eine Rede, die inhaltlich mit den grundsätzlichen Ausführungen vom Mittwoch vor dem Abgeordnetenhaus übereinstimmte.

Im Abgeordnetenhaus kam am Donnerstag die Opposition zu Wort. Der frühere Ministerpräsident Graf Bethlen faßte den Standpunkt der Opposition gegenüber der Regierung dahin zusammen, daß die Oppositionsparteien bereit seien, die Regierung zu unterstützen, falls die Regierung die Methoden der vorhergehenden Regierung entschlossen aufgebe und allen Bestrebungen auf Erreichung einer Vorherrschaft der Regierungspartei ein Ende mache.

Stojadinowitsch nach Ankara gereist.

Belgrad, 22. Oktober. Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch reiste am Mittwoch ahnlässlich des türkischen Republikfeiertages zum offiziellen Besuch nach Ankara.

Blum dementiert „irrige Informationen".

Paris, 22. Oktober. Wahrscheinlich im Zusammenhang mit verschiedenen Enthüllungen über Verletzungen der französischen Neutralität bei den spanischen Wirren, die in letzter Zeit zahlreiche französische Blätter und Zeitschriften (wie die „Action Française", „Ami du Peuple de Paris", das Wochenblatt „Gringoire" usw.) gebracht haben, erläßt der Ministerpräsident am Donnerstag eine Mitteilung, in der es heißt:

„Diese völlig irrigen Informationen (die danach trachten, unser Land so darzustellen, als ob es die Regeln der Nichteinmischung in die spanischen Angelegenheiten verletze), sind mit größter Eilfertigkeit von gewissen ausländischen Zeitungen veröffentlicht worden und dienen dazu, in den internationalen Kreisen eine den Interessen Frankreichs feindliche Kampagne zu unterhalten."

Weiter heißt es, die Regierung lege Wert darauf, die öffentliche Meinung zur Wachsamkeit gegen derartige Manöver aufzurufen, deren antinationaler Charakter nicht unterstrichen zu werden brauche.

Geheimnisvoller „Diebstahl" von französischer Munition.

Paris, 23. Oktober. In der Kaserne von Forbin bei Aix-en-Provence ist man einem riesigen Munitionsdiebstahl auf die Spur gekommen. Etwa 60 Kisten mit Maschinengewehrmunition sind spurlos verschwunden. Obwohl die Zivil- und die Militärbehörden strengstes Stillschweigen bewahren, weiß man, daß die bisherigen Ermittlungen noch zu keinem Ergebnis geführt haben, so berichtet wenigstens Havas. Aber es dürfte wohl klar sein, daß diese Munition den spanischen Roten zugedacht ist.

Offene Bolschewisierung Kataloniens nach Moskauer Vorbild.

Paris, 23. Oktober. Die Vertreter der katalanischen marxistischen und kommunistischen Gewerkschaften, der marxistischen Partei Kataloniens und der Iberisch-Anarchistischen Vereinigung haben am Donnerstag ein Aktionsprogramm aufgestellt, das sofort verwirklicht werden soll und die Sowjetisierung von Katalonien, die ja praktisch schon längst besteht, nun auch ganz offen zum Programm erhebt.

Das Programm beginnt mit der Feststellung, daß die Beschlüsse der katalanischen Generalidad geachtet und durchgeführt werden sollen, vermutlich, weil bisher die einzelnen Ortspunkte getrennt haben, was ihnen paßte. Ein weiterer Programmpunkt sieht die Aneignung aller Erwerbungsmöglichkeiten der Provinz vor, und erklärt ausdrücklich, daß die bisherigen Besitzer der betreffenden Betriebe nicht entschädigt werden sollen. Der Besitz und alles, was für die Führung des Krieges notwendig ist, soll ebenfalls „kollektiviert", d. h. enteignet werden. Der Form halber wird die sogenannte kleinindustrie ausgenommen; aufschlußreich ist aber, daß auch hier ein Hintertürchen offen bleibt. Wenn der Betrieb nämlich verdächtig ist, „umstürzlerisch" zu sein, d. h. gegen die roten Machthaber eingestellt, so erfolgt die entschädigungslose Enteignung.

Wichtig ist, daß auch ausländische Unternehmungen einbezogen sind. Hierbei soll „von Fall zu Fall" über die Entschädigung beschlossen werden. Sämtliche Wohngebäude, mit Ausnahme kleiner Landbesitze, sollen den Stadtverwaltungen unterstellt werden, — kurzum, es wird alles nach Moskauer Muster eingerichtet. Der gesamte Außenhandel soll der Kontrolle der Regierung unterstehen. Genossenschaften sollen sich der Kollektivierung anpassen und die Banken verstaatlicht werden.

Für die „siegreiche" Beendigung des Krieges, so heißt es in dem Programm weiter, sei die Schaffung eines einzigen Oberkommandos notwendig, außerdem die Einführung der Wehrpflicht, die Aufstellung einer großen Volksarmee und verschärfte Disziplin. Auch soll eine große Kriegsindustrie geschaffen werden.

Die Unterzeichner des Programms erklären sich schließlich liebenswürdigerweise für Zusammenarbeit mit der spanischen „Regierung" auf politischem, wirtschaftlichen und militärischen Gebiete. Sie deuten aber sichtlich einen gewissen Vorbehalt an, indem sie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Madrid von der Formulierung abhängig machen, „wenn in dieser Regierung diejenigen Organisationen vertreten sind", die von ihnen vertreten werden.

Maßnahmen der Burgos-Regierung gegen Waffenschmuggel.

Paris, 22. Oktober. Nach einer Meldung der Liberté aus Salamanca soll ein ansehnlich sowjetrussischer Dampfer versuchen, in Santander Waffen und Munition für die Rote Miliz zu landen. Die Nationalisten haben darauf einen Kreuzer angewiesen, jedes in den spanischen Hoheitsgewässern befindliche sowjetrussische Schiff anzuhalten und es zu versenken, wenn sich Waffen und Munition an Bord befinden sollten. Die Burgos-Regierung werde diesen Beschluß unverzüglich allen fremden Regierungen zur Kenntnis bringen.

Die spanischen Falangisten an die Spanier im Ausland.

Burgos, 23. Oktober. Die Oberste Leitung der spanischen Falangisten hat an die im Auslande lebenden Spanier, die sich bisher der Pflicht des Kampfes gegen den in Spanien wütenden Bolschewismus entzogen haben, obwohl sie die Möglichkeit hätten, daran teilzunehmen, einen Aufruf erlassen.

Darin heißt es: Spanier, die es vorzögen, sich im Besitze ausreichender Geldmittel ein angenehmes Leben im Auslande zu machen und zu warten, bis ihre kämpfenden Brüder ihr Heimatland gesäubert hätten, zeigten völliges Unverständnis für den Geist, in dem die Kämpfer von Alcazar und von Oviedo ihre Taten verrichtet hätten.

„Allen diesen sagen wir: Spanien schreibt augenblicklich die blutigsten Seiten seiner Geschichte. Jeder, der künftig ein würdiger Spanier sein will, muß durch größten persönlichen oder materiellen Einsatz diesen Kreuzzug unterstützen, in dem andere ihr Leben lassen. Alle jenen machen wir darauf aufmerksam:

1. daß der Augenblick kommen wird, in dem für die Wiedermitarbeit im staatlichen Leben Nachweise gefordert werden, aus denen die bisherige Betätigung ersichtlich wird;

2. daß diejenigen, die sich nicht in die ehrenvolle Kampfgemeinschaft einglieder wollen, die Spanien für jeden pflichtbewußten Spanier offenhält, sich künftig nicht mehr mit denen auf eine Stufe stellen können, die alles für die Sache gegeben haben."

Neue Botschaft Stalins an Largo Caballero.

St. Jean de Luz, 22. Oktober. Den spanischen Nationalisten ist es gelungen, eine neue Radiobotschaft Stalins an Largo Caballero aufzufangen. Aus dieser Botschaft ergibt sich, daß die Hilfeleistung Sowjetrußlands für die spanischen Marxisten die Niederwerfung des Faschismus bezweckte. An diesem Kampf, der keine innerspanische Angelegenheit darstelle, sei die gesamte „fortschrittliche" Menschheit interessiert.

Panikstimmung in Madrid. — Die Roten nehmen Reißaus.

Sevilla, 23. Oktober. Zu Anbetracht der immer gefährlicher werdenden Lage für die Roten in Madrid ziehen hohe „Staatsbeamte", die in den letzten Monaten in kommunistischen Solde gestanden haben, es vor, unter falschen Angaben oder auf geheimnisvollen Wegen aus der Hauptstadt zu verschwinden.

Um den Haupträdelsführern der Madrider Sowjetregierung zur Flucht zu verhelfen, greifen die Roten häufig zu dem Mittel, die am meisten Belasteten zu Missionsdiensten im Auslande zu ernennen. So ist beispielsweise der linksstehende „Minister" Blasco Garzon zum Botschafter in Buenos Aires ernannt worden, wodurch er sich der gerechten Strafe entzieht.

Im übrigen versuchen die roten Minister in der spanischen Hauptstadt noch immer, vor der Oeffentlichkeit die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage zu verschleiern.

Nach dem Siege von Navalcarnero bombardierten mehrere Flugzeuge der Nationalisten den Madrider Militärflughafen und schossen über dem Flugplatz einen Apparat der Roten ab, der zur Abwehr aufgestiegen war.

In den vor wenigen Tagen eroberten Orten Belmez und Villanueva del Rey in der Provinz Cordoba wurden, wie jetzt bekannt wird, zahlreiche nationale Bürger durch rote Horden grausam ermordet.

In Villanueva del Rey führte der Zuchthäusler (!) Eduard Moreno das Kommando, während in Belmez ein erst 20 Jahre alter Kommunist an der Spitze der Roten stand. Der grausamen Ermordung Nationaler gingen stets schwerste Mißhandlungen voraus.

Der Sender La Coruña meldet, daß die nationalen Truppen nach der Besetzung von Navalcarnero in den Schützengräben der Roten über 200 Tote gefunden hätten. 250 Rote seien gefangen genommen und eine Unmenge von Kriegsmaterial erbeutet worden.

Madrid für die Auflösung Spaniens.

St. Jean de Luz, 22. Oktober. Eine Gruppe von Cortes-Abgeordneten hat der Madrider „Regierung" den Plan einer autonomen Verfassung für die Provinz Valencia, ähnlich wie sie kürzlich den baskischen Provinzen gewährt wurde, vorgelegt. Der Plan soll in einer der nächsten Sitzung des Rumpf-Landtages angenommen werden. Die Teilung Spaniens in einzelne Republiken nach sowjetrussischem Muster dürfte damit weitere Fortschritte machen.

Ein roter Milliardär-Bankräuber.

St. Jean de Luz, 22. Oktober. Der Radiosender Teneriffa meldet, daß der Führer der roten Milizen und Cortesabgeordnete Gonzales Penia mit dem Kriegsschatz von 36 Millionen Peseten, der aus der Beraubung der Banken von Gijon und Aviles stammt, aus Oviedo verschwunden sei.

Energische Vorstellungen Chiles in Madrid.

Santiago de Chile, 23. Oktober. Der chilenische Außenminister hat an den Madrider marxistischen „Außenminister" Alvarez del Vayo ein Telegramm gerichtet. Er weist darin energisch darauf hin, daß das internationale Recht seit langer Zeit die Aufnahme von Flüchtlingen in den diplomatischen Vertretungen ausländischer Staaten zulasse. Dieses Recht gelte auch für den Fall eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen, solange sich der ausländische Vertreter in dem betreffenden Lande befinde.

Der chilenische Botschafter in Madrid, Nunez Morgado, ist angewiesen worden, diesem Telegramm bei der Madrider „Regierung" besonderen Nachdruck zu verleihen.

Der Wortlaut des Telegramms des chilenischen Außenministers ist noch nicht veröffentlicht worden.

Nur Kabinettsumbildung in Chile.

Santiago de Chile, 23. Oktober. Der Rücktritt des Wirtschaftsministers ist nicht angenommen worden. Als Nachfolger des Justiz- und des Landwirtschaftsministers treten die beiden Abgeordneten der Radikalpartei, Pedro Freeman und Fernando Moller ins Kabinett ein. Alle anderen Minister bleiben im Amt.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.